

Preisschock 2.0 verhindern - Hamburg muss jetzt handeln! Entlastungsmaßnahmen gegen die drohende Energiekrise und eine koordinierte Krisenreaktion auf Bundesebene einfordern

Hamburgische Bürgerschaft

Drucksache: 23/3733 | Datum: 2026-04-08 | Fraktion(en): LINKE | GWÖ-Score: 7.0/10

[+] Empfehlung: Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag im Überblick

Der Antrag fordert kurzfristige Entlastungsmaßnahmen gegen steigende Energiepreise durch ein Hamburger Soforthilfeprogramm, ein vergünstigtes Krisenticket und bundespolitische Interventionen wie Übergewinnsteuer, Preisbremsen und internationale Preisdeckel.

- Soforthilfeprogramm für einkommensschwache Haushalte
- Temporäre ÖPNV-Entlastung (Krisenticket)
- Bundespolitische Forderungen: Übergewinnsteuer, Preisbremsen, Preisdeckel

GWÖ-Treue

Score: 7.0/10

Begründung: Der Antrag adressiert zentrale GWÖ-Themen: Soziale Gerechtigkeit (D4) durch gezielte Entlastung einkommensschwacher Haushalte, Solidarität (D2) via Krisenticket und Übergewinnsteuer, sowie ökologische Nachhaltigkeit (E3) durch Preisbremsen als Instrument zur Vermeidung struktureller Preiserhöhungen und Förderung der Energiewende. Allerdings fehlt eine explizite Verknüpfung mit gemeinwohlorientierter Wirtschaftsführung (A1-A5), Transparenz & Mitbestimmung (D5/E5) bleibt unerwähnt, und die Fokussierung auf fossile Energiepreise ohne klare Forderung nach Ausstiegszeitplan oder Erneuerbaren-Ausbau schwächt die ökologische Dimension.

Schwerpunkte: D4, D2, D1

Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen					
B: Finanzen		++			

	1	2	3	4	5
C: Führung/Verwaltung					
D: Bürger:innen	++	++		++	
E: Gesellschaft/Natur			++		

Legende: ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

Berührte Themenfelder

- **D4:** Hamburger Energiekrisen-Soforthilfeprogramm für einkommensschwache Haushalte [++]
- **D2:** Übergewinnsteuer im fossilen Energiesektor, Deutschlandticket-Entlastung [+]
- **E3:** Preisbremsen als Stabilisierungsinstrument gegen strukturelle Preiserhöhungen in marktkonzentrierten Sektoren [++]
- **B2:** Gezielte, transparente Ausgaben für Krisenbewältigung statt pauschaler Subventionen [++]
- **D1:** Schutz vor existenzbedrohenden Energiepreisanstiegen für vulnerable Gruppen [++]

Programmtreue

SPD

Wahlprogramm: 6.0/10 — Der Antrag ist partiell konsistent mit dem SPD-Wahlprogramm 2025: Die Forderung nach Entlastung von einkommensschwachen Haushalten korrespondiert mit der Mieter*innenpolitik (Q13) und dem Schutz vor Wohnkostensteigerungen (Q12). Die Forderung nach einer Übergewinnsteuer steht jedoch nicht explizit im SPD-Programm — stattdessen wird auf Investitionen in Klimaschutz (Q11) und Fernwärme (Q11) gesetzt. Kein direktes Zitat zu Übergewinnsteuern oder Preisbremsen vorhanden.

Parteiprogramm: 5.0/10 — Das Hamburger SPD-Grundsatzprogramm 2007 betont Solidarität und soziale Gerechtigkeit (Q16), aber enthält keine konkreten Positionen zu Kriseninstrumenten wie Übergewinnsteuern oder Preisbremsen. Die globale Verantwortung für Ressourcen (Q16) bietet nur indirekten Bezug.

CDU

Wahlprogramm: 2.0/10 — Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Kernpositionen: Die Forderung nach Übergewinnsteuer und staatlichen Preisbremsen steht im Konflikt mit dem CDU-Prinzip der Technologieoffenheit, Marktwirtschaftlichkeit und Ablehnung von Verbots- und Preisregulierungspolitik (NRW 2022). Auch das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont Eigentum, Leistungsprinzip und begrenzten Staat — nicht Interventionismus bei Energiepreisen.

Parteiprogramm: 2.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

GRÜNE

Wahlprogramm: 7.0/10 — Der Antrag stimmt mit grüner Krisenpolitik überein: Die Forderung nach Übergewinnsteuer und Preisbremsen entspricht dem grünen Anspruch, Konzerne in die Verantwortung zu nehmen (Q18), und die Entlastung über

ÖPNV-Preissenkung korrespondiert mit dem Ziel 'Mobilität für alle' (Q17, Q19). Allerdings fehlt die explizite Verbindung zur Energiewende — Grüne setzen primär auf Ausbau erneuerbarer Energien (Q19), nicht auf kurzfristige Preisregulierung.

Parteiprogramm: 6.0/10 — Das Grundsatzprogramm 2020 betont Gerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation (Q17–Q21), aber enthält keine konkrete Position zu Übergewinnsteuern oder Preisbremsen. Der Bezug bleibt indirekt.

LINKE (Antragsteller)

Wahlprogramm: 10.0/10 — Der Antrag ist wörtlich aus dem Wahlprogramm 2025 der LINKEN abgeleitet: Die Forderung nach Übergewinnsteuer findet sich direkt in Q1 („Übergewinnsteuer im fossilen Energiesektor“), die Absenkung des Deutschlandtickets in Q2 („Mobilität für alle“, „faire Aufteilung des Verkehrsraums“), und die Entlastung einkommensschwacher Haushalte spiegelt Q3 („fast ein Fünftel der Hamburger*innen von Armut bedroht“) wider.

Parteiprogramm: 9.0/10 — Das Erfurter Programm 2011 lehnt Profitmaximierung ab (Q9), fordert sozial-ökologischen Umbau (Q10) und kritisiert den kurzfristigen Profitekalkül (Q8). Die Forderung nach Übergewinnsteuer und Preisbremsen ist direkte Umsetzung dieser Prinzipien. Einzig die fehlende explizite Verbindung zum Systemwechsel schwächt leicht den Score.

AfD

Wahlprogramm: 0.0/10 — Der Antrag widerspricht fundamental den AfD-Kernpositionen: Die Forderung nach Übergewinnsteuer, Preisbremsen und EU-weiter Kooperation (Preisdeckel) steht im klaren Gegensatz zur AfD-Forderung nach Marktliberalisierung, Kernkraftausbau und EU-Kritik (NRW 2022, Grundsatzprogramm 2016). Keine Übereinstimmung.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Verbesserungsvorschläge

Original:

ein Hamburger Energiekrisen-Soforthilfeprogramm aufzulegen, das Haushalten mit geringem Einkommen und im Leistungsbezug ermöglicht die akuten Mehrbelastungen durch gestiegene Energiekosten abzufedern

Vorschlag:

ein Hamburger Energiekrisen-Soforthilfeprogramm aufzulegen, das **Haushalten mit geringem Einkommen und im Leistungsbezug** die akuten Mehrbelastungen durch gestiegene Energiekosten abfedert **und gleichzeitig einen Rechtsanspruch auf kostenlose Beratung und technische Energieeffizienz-Maßnahmen (z. B. Heizungscheck, Dämmberatung) beinhaltet**

Stärkt GWÖ-Feld D4 (Soziale öffentliche Leistung) durch präventive, gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge statt reiner Transferpolitik

Original:

die Bundesregierung gezielt Maßnahmen, in Form der Einführung einer Übergewinnsteuer, ergreift

Vorschlag:

die Bundesregierung **gezielt Maßnahmen ergreift, darunter die sofortige Einführung einer Übergewinnsteuer im fossilen Energiesektor sowie die Reaktivierung der Gaspreisbremse mit Ausweitung auf Öl und Strom**

Verstärkt GWÖ-Feld E3 (Ökologische Zukunftsfähigkeit) durch explizite Verknüpfung mit Klimaschutzinstrumenten und stärkt D2 (Solidarität) durch klare, umsetzbare Forderung

Original:

auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für die Einführung eines internationalen Preisdeckels für Mineralöl und mineralölbasierte Kraftstoffe einsetzt.

Vorschlag:

auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für die Einführung eines **zeitlich befristeten, wissenschaftlich fundierten Preisdeckels für Mineralöl und mineralölbasierte Kraftstoffe einsetzt**, der mit einem klaren Ausstiegsplan für fossile Energieträger bis 2035 verbunden ist**

Behebt die fehlende ökologische Perspektive im Antrag und verankert den Preisdeckel im GWÖ-Feld E3 (Ökologische Nachhaltigkeit) sowie E2 (Gemeinwohlorientierung über Grenzen hinaus)

Zusammenfassung

Stärken

- Klare soziale Zielgruppenspezifizierung (D4)
- Forderung nach Übergewinnsteuer als solidarische Verteilungspolitik (D2)
- Wissenschaftsbasierte Argumentation mit Verweis auf Weber/Dullien/IEA

Schwächen

- Keine Verbindung zur Energiewende oder Erneuerbaren-Ausbau
- Fehlende Transparenz- und Mitbestimmungsdimension (D5/E5)
- Keine Berücksichtigung von Lieferketten oder kommunalen Beschaffungspraktiken (A-Gruppe)

Original-Antrag

Drucksache 23/3733

Preisschock 2.0 verhindern · Hamburg muss jetzt handeln! Entlastungsmaßn·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Antrag

der Abgeordneten David Stoop, Kay Jäger, Heike Sudmann, Martin Wolter, Deniz Çelik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Marco Hosemann, Stephan Jersch, Marie Kleinert, Hila Latifi, Jan Libbertz, Xenija Melnik, Thomas Meyer und Dr. Sabine Ritter (Die Linke)

Betr.: Preisschock 2.0 verhindern – Hamburg muss jetzt handeln! Entlassungsmaßnahmen gegen die drohende Energiekrise und eine koordinierte Krisenreaktion auf Bundesebene einfordern

Der völkerrechtswidrige Krieg der USA gegen den Iran hat eine neue Energiekrise ausgelöst. Durch die iranische Blockade der Straße von Hormus kam es zu einer Angebotsverknappung, die die internationalen Öl- und Gaspreise massiv in die Höhe trieb. Die Warnung der Internationalen Energieagentur (IEA) könnte nicht deutlicher sein. IEA-Chef Fatih Birol bezeichnete die aktuelle Lage als eine sehr große Bedrohung für die Weltwirtschaft.¹ So stieg der Rohölpreis (Brent) im Kriegsverlauf auf über 117 US-Dollar je Barrel. Analysten halten einen weiteren Anstieg auf 150 US-Dollar oder mehr je Barrel für möglich. Ein ähnliches Niveau wurde zuletzt zu Beginn des Ukrainekriegs erreicht. Die daraus resultierenden Preissteigerungen und deren Folgen sind noch heute in Form gesunkener Reallöhne für fast alle spürbar. Auch die Inflationsrate ist infolge dieses Preisschocks im März 2026 in Deutschland auf 2,7 Prozent angestiegen. Haushaltsenergie und Kraftstoffe verteuerten sich allein im März um 7,2 Prozent.

Dieser Preisanstieg trifft Hamburg mit besonderer Wucht. Als Pendlerstadt mit hohem Verkehrsaufkommen, als Industriestandort mit energieintensiven Industriebetrieben und als Stadt mit einem hohen Anteil an Haushalten mit mittleren und geringen Einkommen sind die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen für viele Menschen existenzbedrohend. Besonders besorgniserregend ist, dass der Preisanstieg in Deutschland über dem internationalen Anstieg liegt. Deutlich niedrigere Spritpreise in europäischen Nachbarländern sowie Einschätzungen aus der Mineralölbranche selbst legen nahe, dass Energiekonzerne die Krisensituation ausnutzen, um zusätzliche Übergewinne zu erzielen. Achim Truger, Ökonom des Sachverständigenrates, warnt vor den Gefahren einer neuen makroökonomischen Krise, falls Geld- und Finanzpolitik nicht entschlossen gegensteuern.²

Die Volkswirtschaftsprofessorin Isabella Weber von der University of Massachusetts Amherst, die 2022 als Mitentwicklerin der Gaspreisbremse maßgeblich zur deutschen Krisenpolitik beitrug, hat bereits frühzeitig auf die strukturellen Muster solcher Preisschocks hingewiesen. Ihre Analyse zeigt: Wenn ein externer Angebotsschock auf Märkte mit konzentrierter Marktmacht trifft, nutzen Unternehmen die dadurch entstehende Unsicherheit, um ihre Profitvolumina überproportional auszuweiten.

Bereits im Februar 2022 hatten Weber und Sebastian Dullien aufgezeigt, dass ein Gaspreisanstieg auf dem damaligen Niveau allein eine Inflation von 2,5 Prozentpunk-

¹ <https://www.ft.com/content/09524a74-db3c-4aef-b4f7-51eda3068320?syn-25a6b1a6=1>.

² <https://www.surplusmagazin.de/inflationsschock-energiepreisschock-achimtruger-bundesregierung-reaktion/>.

ten auslösen kann. Sie forderten daher frühzeitig Preisbremsen als Stabilisierungsinstrument.³ Die politische Untätigkeit bis zum Herbst 2022 verteuerte die Krisenreaktion erheblich. Diesen Fehler darf die Politik nicht wiederholen. Aktuell fordert Weber, Übergewinnsteuern für den Energiesektor sofort wieder einzusetzen, die Gaspreisbremse als Versicherung gegen weitere Preisschübe zu reaktivieren und auf Öl auszuweiten sowie das iberische Modell zu übernehmen und die Strompreise von den Gaspreisen zu entkoppeln. Zugleich warnt Webers Forschung davor, dass einmal erhöhte Preise in Märkten mit Marktmacht in der Regel nicht wieder auf das Ausgangsniveau sinken, selbst wenn die Rohstoffpreise wieder fallen.⁴ Arbeitnehmer*innen, Rentner*innen und Transferempfänger*innen erleiden somit einen dauerhaften Wohlstandsverlust, ohne dass eine entsprechende Trendumkehr zu erwarten wäre. Schnelles Handeln ist daher die günstigste Option.

Um diesem Trend schnell entgegenzuwirken, hat sogar die IEA bereits einen Katalog mit kurzfristigen Einsparmaßnahmen veröffentlicht, was den Ernst der Lage unterstreicht. Dazu zählen Tempolimits, eine verstärkte Nutzung des ÖPNV sowie Effizienzmaßnahmen in der Industrie.⁵ Die Freie und Hansestadt Hamburg muss sowohl ihre Landeskompetenzen als auch die Landesbetriebe entsprechend ausrichten und den Kurs, den der Hamburger Senat Ende März im Bundesrat mit seiner Unterstützung für die Einführung einer Übergewinnsteuer im fossilen Energiesektor eingeschlagen hat, konsequent fortsetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass gerade die Beschäftigten des Landes in den unteren Tarifgruppen die höchste Entlastungswirkung erfahren. Die auf Bundesebene angedachte Entlastungsprämie ist daher einkommensgestaffelt auszugestalten und in voller Höhe an Beschäftigte in den unteren Tarifgruppen auszuzahlen. In diesem Zusammenhang wird der Finanzsenator, Dr. Dressel, ausdrücklich daran erinnert, dass eine pauschale Aussage, öffentliche Unternehmen oder Beschäftigte im öffentlichen Dienst könnten diese Prämie nicht erhalten, ein fatales Signal sendet. Wenn selbst die öffentliche Hand als Arbeitgeberin hier zurückweicht, stellt sich die berechnete Frage, welches private Unternehmen dann überhaupt noch bereit sein sollte, entsprechende Entlastungen zu gewähren. Die öffentliche Hand muss ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und gerade in Krisenzeiten entschlossen vorangehen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. unverzügliche Entlastungsmaßnahmen in Hamburger Zuständigkeit umzusetzen und
 - a. ein Hamburger Energiekrisen-Soforthilfeprogramm aufzulegen, das Haushalten mit geringem Einkommen und im Leistungsbezug ermöglicht die akuten Mehrbelastungen durch gestiegene Energiekosten abzufedern.
 - b. in Abstimmung mit den Hamburger Verkehrsbetrieben (hvv) und den Ländern des Hamburger Verkehrsverbundes eine temporäre, deutliche Absenkung des Deutschlandticket-Preises oder die Einführung eines vergünstigten Hamburger Krisentickets von maximal 9 Euro für einen befristeten Zeitraum zu prüfen.
 - c. zur Abfederung der realen Kaufkraftverluste durch die gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten soll die Entlastungsprämie an die Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der Hamburgischen Landesbetriebe und öffentlichen Unternehmen in den unteren Tarifgruppen vollständig und ungekürzt ausgezahlt werden.

³ <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/3/beitrag/mit-einem-gaspreisdeckel-die-inflation-bremsen.html>.

⁴ <https://www.surplusmagazin.de/isabella-weber-fordert-uebergewinnsteuer-und-energiepreisbremse/>.

⁵ <https://www.iea.org/news/new-iea-report-highlights-options-to-ease-oil-price-pressures-on-consumers-in-response-to-middle-east-supply-disruptions>.

2. sich weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Bundesregierung
 - a. angesichts des ungebremsten Preisanstiegs im Energiesektor gezielt Maßnahmen, in Form der Einführung einer Übergewinnsteuer, ergreift.
 - b. den seit März 2025 bestehenden Direktauszahlungsmechanismus nutzt, um allen volljährigen Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland ein einmaliges, einkommensteuerpflichtiges Energiekrisengeld auszus zahlen.
 - c. eine unverzügliche Verschärfung des Kartellrechts auf den Weg bringt, die es den zuständigen Behörden ermöglicht, missbräuchliche Preissetzungsstrategien marktmächtiger Unternehmen wirksam zu unterbinden.
3. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für die Einführung eines internationalen Preisdeckels für Mineralöl und mineralölbasierte Kraftstoffe einsetzt.